# Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

**Nr. 407. Mittag-Ausgabe.** Siebenundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 1. September 1866.**


## Preußen.

**Berlin**, 31. Aug. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Rath Johann Friedrich Erdmann Rohland zu Naumburg a. S. und dem Appellationsgerichts-Kanzlei-Inspector, Kanzlei-Rath Ernst Gottlob Gregor zu Glogau den rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Der Thierarzt 1. Klasse, Thoms, ist mit Belassung seines Wohnsitzes in Rathenow zum Kreis-Thierarzt des westhavelländischen Kreises ernannt worden.

[Kriegsministerium.] Mehrere Zeitungen bringen die Mittheilung, es sei befohlen worden, die brauchbaren Mannschaften der allgemeinen Ersatz-Reserve von 1835 bis 1843 auszuexerciren und sodann wieder zu entlassen.

Ein derartiger Befehl ist nicht ergangen, was hierdurch im Interesse der Betheiligten bekannt gemacht wird.

Berlin, den 31. August 1866.

Der Kriegs- und Marine-Minister. von Roon.

**Berlin,** 31. August. [Se. Maj. der König] empfing heute den General-Intendanten der königl. Schauspiele, v. Hülsen, und den Oberst v. Döring, Abtheilungs-Chef im großen Generalstabe, welcher letztere die Ehre hatte, die Orden seines verstorbenen Vaters zu überreichen. — Demnächst ertheilte Se. Majestät dem Minister-Residenten der Hansestädte Dr. Geffken eine Abschieds-Audienz, nahm den Vortrag des Wirkl. Geh. Raths v. Obstfelder entgegen und empfing den Wirkl. Geh. Rath v. Frankenberg-Ludwigsdorf.

Gestern sind hier Briefe von Sr. Majestät Schiff „Vineta", d. d. Valparaiso, den 14. Juli, eingegangen, welche die verschiedensten Meldungen nnd Berichterstattungen, aber Nichts von einem Zusammentreffen mit der Corvette „Dandalo" bringen.

Somit ist es unzweifelhaft constatirt, daß die damalige Depesche aus Triest, welche ein für „Dandalo" siegreiches Gefecht mit der „Vineta" meldete, erdichtet war. (St.-A.)

O. K. C. [Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Berathung der Creditforderung] von 60 Millionen Thalern hatte heute ihre zweite Sitzung, welcher der Finanzminister v. d. Heydt mit den Reg.-Commissarien Mölle, Wollny und Hammer beiwohnte.

Zuvörderst theilte der Referent, Abg. Röpell, die ihm nothwendig erscheinende Amendirung der Vorlage mit und motivirte sie. Sein Vorschlag geht dahin, 1) die Contrahirung einer fundirten Schuld von 20 Millionen Thalern für den Staatsschatz zu bewilligen, dessen Verwendung von der Genehmigung beider Häuser abhängen soll, so jedoch, daß die Bewilligung mit dem Jahre 1870 ihr Ende erreicht; 2) 30 Millionen Schatzscheine zu bewilligen, als Vorschuß auf die noch nicht flüssigen Mittel.

Zur Aufstellung dieser Summe ist Referent gelangt, indem er den 108,100,000 Thlr. außerordentlicher Bedürfnisse gegenüber, nach den Mittheilungen der Staatsregierung 106,584,929 Thlr. an Deckungsmitteln vorfindet, so daß nur ein Defizit von etwa 1½ Millionen Thalern bleibt. In der letzteren Ziffer befindet sich die Deckung für den Staatsschatz nicht, daher die Bewilligung von 20 Millionen. Die Schatzscheine sollen die allmälig eingehenden Contributionen anticipiren.

Abg. Hagen reichte einen aus 10 §§ bestehenden Antrag ein, der unter Verwerfung der Vorlage im Wesentlichen Folgendes bezweckt: Genehmigung der für den Krieg gemachten Ausgaben, Emission von 25 Millionen Schatzanweisungen für den Fall, daß die verfügbaren Deckungsmittel nicht sogleich flüssig werden. Diese Schatzanweisungen, die nur bis zum 1. Juli 1867 circuliren sollen, erhalten an den Köln-Mindener und Westfälischen Eisenbahn-Actien ein Unterpfand, und werden nach dem Verhältniß des Verkaufes dieser Actien eingezogen. Die Zinsen werden aus den bereiten Staatsmitteln gezahlt; sie verjähren in 4 Jahren, die Kapitalsbeträge in zehn Jahren. Dem nächsten Landtag wird über Ausführung dieser Operation Mittheilung gemacht, desgleichen über die Höhe der Kriegskosten und der Contributionen; so weit die bewilligten Summen nicht ausgegeben sind, tritt in Betreff ihrer Verwendung eine anderweitige gesetzliche Bestimmung ein.

Abg. Dr. Jacoby sprach von dem Zusammenhange zwischen der Anleihe und der Indemnität und fragte, ob die Anleihe zweckmäßig oder nothwendig sei. Von der Beantwortung dieser Vorfrage hängt für das Haus die Möglichkeit der Bewilligung ab. Er fragte ferner, welche Stellung das Ministerium zum Budgetrecht einnähme, ob es an seiner seit Jahren vertheidigten Ansicht festhalte oder nicht, ob es sich noch für berechtigt oder verpflichtet halte, Ausgaben zu machen, welche durch das Gesetz nicht genehmigt sind; ob es überhaupt noch auf seiner Lückentheorie bestehe, welche es ihm ermöglicht, mit dem Budget, in welcher Gestalt es ihm von den beiden Häusern des Landtags zugegangen sei, frei zu verfahren? Darüber sei noch keine Klarheit geschafft, weder durch die Thronrede, noch durch die Vorlagen, noch sonst irgendwo, während der König in seiner Antwort an die Adreßdeputation darauf beharrt habe, daß im gleichen Falle eben so, wie früher gehandelt werde, wenn auch mit dem Zusatz, daß der Fall nicht wiederkehren werde.

Finanzminister v. d. Heydt wollte jede Erörterung über die zuletzt erwähnte Aeußerung vermeiden und hielt sich lediglich an die Thronrede, an die Vorlagen, und die Erklärungen der Regierung über ihr Indemnitätsbedürfniß, als an die officiellen, zur Discussion stehenden Thatsachen. Was später zu geschehen habe, sei jedesmal die pflichtmäßige Erwägung jedes der drei Factoren der Gesetzgebung.

Abg. Virchow fand in der Vorlage eine Confundirung von Vergangenheit und Zukunft. Ihr § 1 laute so, als handle es sich nicht um einen schon geführten, sondern um einen noch zu führenden Krieg. Sie implicire neue Geldforderungen, statt vielmehr die Indemnisirung der bereits gemachten Ausgaben nachzusuchen; sie beschäftige sich nicht mit der Leerung, sondern mit der Füllung des Staatsschatzes, so wie der General-Staats-Kasse. In der vorigen Sitzung der Commission habe der Kriegs-Minister eine Vermehrung des Staatsschatzes bis auf 30 Millionen als auf die zur Mobilmachung von elf Armeecorps nothwendige Summe als unerläßlich bezeichnet. Es sei nicht zu erkennen, ob die zwei neuen Armee-Corps aus den Mitteln der einverleibten Staaten, oder aus preußischen erhalten, und ob die Reorganisation lediglich auf die ersteren ausgedehnt werden solle, ohne daß für Preußen eine Erleichterung eintritt. Nach den vorgelegten Rechnungen müsse man das Letztere besorgen. Doch sei er geneigt, für die gemachten Ausgaben die nachträgliche Genehmigung zu ertheilen und hoffe auf leichte Verständigung mit der Staatsregierung. Auch zur Füllung des Staatsschatzes sei er bereit, frage aber zuvor, ob ein Gesetzentwuf in Bezug auf seine Verwendung seitens der Regierung vorbereitet werde? Keinesfalls dürfe er dauernd, sondern immer nur temporär und seine Benutzung mit Garantien umgeben sein. Schon das Herrenhaus habe erklärt, daß der Staatsschatz ohne Zustimmung des Landtags nicht verausgabt werden dürfe. Der Kriegs-Minister habe ihn neulich in einer Stärke von 30 Million, der Finanz-Minister nur von 27½ Million verlangt, und über das Verbleiben des kurhessischen Staatsschatzes sei bisher noch immer keine Auskunft ertheilt. Gegen die Emission von Schatzscheinen habe er nichts, doch sei die Summe jetzt noch nicht zu bestimmen und principiell könne eine Anleihe nicht vor der Rückkehr zum verfassungsmäßigen Zustande bewilligt werden, der durch die Ertheilung der Indemnität für die J. 1862—65 und des Credits von 154 Mill. für das J. 1866 noch nicht geschaffen sei.

Finanzminister v. d. Heydt erwiederte darauf, daß in Betreff der zwei neu zu formirenden Armeecorps seines Wissens bisher nichts gesagt sei, woraus zu entnehmen, daß Preußen die Kosten für dieselben tragen werde. Hier handle es sich nur um die Kosten, die unmittelbar durch den Krieg veranlaßt worden. An dem Organisationsplan für die erweiterte Armee werde noch gearbeitet; an den Kosten würden die neuen Territorien mittragen; der Termin für die endgiltige Regelung sei noch nicht zu bestimmen. Ueber den kurhessischen Staatsschatz könne er keine Auskunft geben. Daß die Vorlage eine Verwirrung der Begriffe und Forderungen enthalte, müsse er bestreiten, wenn er auch zur Annahme einer besseren Fassung bereit sei. Der Staatsschatz sei nothwendig als dauernde, nicht als temporäre Einrichtung, und verlange nach dem Zutritt neuer Gebietstheile naturgemäß eine Verstärkung, weil ihm der verstärkte Anspruch einer größeren Armee auf Bereithaltung der Mittel zur Mobilmachung gegenüberstehe. An Stelle der erst innerhalb neun Monaten eingehenden Contributionen und für andere Ausgaben, sei die Emission von Schatzscheinen bestimmt. Der Minister bedauerte die principielle Auffassung des Vorredners, da mit der Nachsuchung und Ertheilung der Indemnität der verfassungsmäßige Boden wiedergewonnen werde solle, der zur Bewilligung von Anleihen erforderlich sei. Ohne diese Wirkung verliere die Indemnität ihren Werth.

Nachdem der Abgeordnete v. Flottwell die Regierung gegen den Abg. Dr. Jacoby vertheidigt, wendet sich der Finanzminister zu den Vorschlägen des Referenten Roepell: ein Staatsschatz von 20 Millionen decke nicht einmal die Kosten der ersten Mobilmachung, geschweige denn die Verpflegungskosten. Für Kriegszwecke bestimmt, müsse er der Regierung zur Verfügung stehen, ohne daß sie an die Zustimmung beider Häuser des Landtages gebunden sei, oder der Schatz verfehle überhaupt seinen Zweck. Einer verfassungsmäßigen Regierung müsse man in dieser Beziehung die nöthige freie Bewegung gestatten. Der Staatsschatz werde auch nach dem Jahre 1870 nicht aufhören eine Nothwendigkeit zu sein. Schatzscheine im Betrage von 30 Millionen seien bis zum Eingehen der zu erwartenden Deckungsmittel nicht genügend. Möge man die Hand reichen, um nicht zu Maßnahmen zu zwingen, die man nicht wünsche und nicht wolle.

Abg. Dr. Jacoby replicirte dem Abg. v. Flottwell, daß es sich hier nicht um Parteistandpunkte handle und daß er die Berathung der Vorlage nicht, wie ihm vorgeworfen werde, sistiren, sondern überhaupt erst möglich machen wolle. Die Erklärungen des Finanzministers seien unbefriedigend, unbestimmt und einander widersprechend. Es handle sich nicht um die Anerkennung des Art. 99 der Verfassung, sondern darum, ob die vierjährige Auslegung desselben fortbestehen solle oder nicht; und so lange das Ministerium darüber keine Aufklärung gebe, sei es unmöglich eine Anleihe zu bewilligen und jede Berathung darüber überflüssig.

Abg. Dr. Michelis (Braunsberg) trat ebenfalls dem Abg. v. Flottwell entgegen. Er stehe außerhalb der Parteien, müsse aber aus den officiell eröffneten Aussichten und anderweiten Aeußerungen, auf die er nicht eingehen könne, die Ueberzeugung gewinnen, daß der Kampf um das Heiligthum der Verfassung noch nicht vollendet sei.

Nachdem der Abg. Virchow ausgeführt, daß ein Krieg doch nicht über Nacht komme, daß jedes Ministerium Zeit habe, sich auf ihn durch Beschaffung der Geldmittel vorzubereiten und nach seiner (des Redners) Vorstellung zurücktreten würde, wenn ihm die Landesvertretung die Verwendung des Staatsschatzes für Kriegszwecke versagte, erklärte sich der Finanzminister einverstanden mit der Controle der Landesvertretung über den Staatsschatz, aber nicht mit der vorgängigen Genehmigung der Verwendung desselben. Der Schatz sei für Kriegszwecke bestimmt und als das Herrenhaus den vorhin erwähntrn Beschluß gefaßt, habe es sich um Verwendung zu anderen Zwecken gehandelt. Der Minister interpellirte den Abg. Virchow, ob er als Finanzminister bei ausbrechendem Kriege es von der Zustimmung des Landtages abhängig machen wollte, ob er einen vor ihm stehenden gefüllten Staatsschatz benutze oder nicht?

Abg. Hagen warnte davor, nicht über den nächsten Zweck, den die Commission habe, hinauszugehen. Er wolle die heikelige Frage vom Staatsschatze vermeiden und nur auf die Bedürfnißfrage eingehen. Bisher sei die Nothwendigkeit einer Anleihe von 20 Millionen noch nicht nachgewiesen, er könne daher eine consolidirte Anleihe nicht bewilligen, sondern nur der Regierung so viel zur Disposition stellen als nöthig ist, um sie vor Verlegenheiten zu schützen. Schatzscheine seien als verzinsliches Papiergeld das gefährlichste Papiergeld. Und woher die 3 Millionen zur Verzinsung der 60 Millionen nehmen, welche die Regierung verlange?

Der Correferent, Abg. v. Lingenthal, äußerte sich in wesentlichen Punkten von dem Referenten abweichend. Die Frage vom Staatsschatze sei jetzt nicht zu erledigen, doch müsse er eine permanente Einrichtung bleiben und die Verfügung über ihn der Regierung unbeschränkt verbleiben. Er kündigte seine abweichenden Anträge an und bemerkte für jetzt nur, daß die Kosten für die Regulirung der Grundsteuer nicht übergangen werden dürften. Entweder müsse in Betreff derselben ein besonderes Gesetz erlassen oder die Bestimmung über ihre Erstattung hier bei dem Creditgesetz eingeschaltet werden. Er erklärte sich für diese Einschaltung.

Finanzminister v. d. Heydt. Wenn die Grundsteuerkosten aus den Contributionen bezahlt würden, so müsse ein besonderes Gesetz in der nächsten Session vorgelegt werden, schon wegen der Untervertheilungskosten; in demselben würde alsdann die Verzichtleistung auf die Einziehung der Kosten nach dem Gesetz vom Jahre 1861 ausgesprochen werden.

Abg. Virchow konnte die obige Interpellation, da weder er noch seine Freunde Aussicht hätten in den von dem Minister gesetzten Fall zu gerathen, nur als Abgeordneter beantworten, wie er schon vorher seine Ansicht von der Nothwendigkeit des Rücktritts eines Ministeriums unter den bezeichneten Umständen ganz unpersönlich und nur theoretisch ausgesprochen habe. In Italien sei ein Ministerium, das den Krieg vorbereitet, zurückgetreten, um einem anderen Platz zu machen, das der Situation besser entsprach. Ein Ministerium, welches einem großen Kriege entgegensehe, ohne darauf vorbereitet zu sein und von dem zweifelhaften Votum der Landesvertretung in Bezug auf den Krieg und seine Mittel abhänge, müsse unter allen Umständen beseitigt werden. Der Redner schloß mit seinem Antrage, der im § 1 dem Kriegs- und Marineminister die Indemnität für 108 Millionen Kriegskosten, im § 2 20 Millionen für den Staatsschatz bewilligt, im § 3 die Beschaffung der Geldmittel für den Krieg näher bezeichnet, darunter auch eine verzinsliche Anleihe bis zu 20 Millionen und im § 4 die gesetzlichen Bestimmungen über den Staatsschatz enthält.

Schluß der Sitzung 1¼ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

O. K. C. [Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Prüfung des Schulze'schen Genossenschafts-Gesetzentwurfs] setzte gestern Nachmittag ihre Berathungen fort und nahm die einzelnen §§ des früheren Regierungs-Entwurfs mit denjenigen Aenderungen an, welche das von der Commission aufgestellte Prinzip, Aufhebung der Concessionirung und des Aufsichtsrechtes durch die Oberpräsidenten, erforderte.

[Die Petitions-Commission] verhandelte heute über mehrere Petitionen, betreffend Concessionen zum Betriebe der Schankwirthschaft, Entlassung aller 1835 und früher gebornen Landwehren, Erlaß eines Invaliden-Unterstützungsgesetzes, die sich nicht zur Befürwortung empfahlen, weil entweder der Instanzenweg nicht erschöpft war, oder die Staatsregierung selbst dem Gegenstande schon näher getreten. Eine Petition, betreffend die Concession zum Verkaufe von Zeitungen, gab dem Regierungs-Commissar, Graf Eulenburg, Veranlassung zu erklären, daß der Begriff der Unbescholtenheit für einen Zeitungsredacteur oder Verleger nicht mit der bürgerlichen Unbescholtenheit zusammenfalle, sondern vermißt werde, sobald ein solcher Mann mehrfach wegen Vergehen gegen die Preßgesetze bestraft sei. Die Commission wollte in ihrer Mehrheit sich diese Anschauung nicht aneignen, und wird diese Sache zu weiterer Verhandlung im Pleno kommen. Ebenso stellte es sich mit ein paar Petitionen, die über tendenziöse Zusammenstellung der Wahlbezirke und über Maßregelung liberaler Wähler seitens eines Landrath klagten. Der Regierungs-Commissar äußerte, daß die thatsächlichen Verhältnisse doch erst näher zu prüfen seien, ehe über eine Beeinträchtigung der Wähler und eine Ueberschreitung der Amts-Competenz seitens der betreffenden Beamten zu reden sei. Das Gesuch eines ehemaligen schleswig-holsteinischen Offiziers um Pension konnte bei aller Theilnahme nicht Berücksichtigung finden, weil derselbe sich zuerst an die zuständige Behörde zu wenden habe; — auch stand ihm entgegen, daß er nicht nur der activen preußischen Armee, sondern aus dem Landwehrverhältniß zur schleswig-holsteinschen Armee übergetreten, also einen Sold diesseits nicht aufgegeben. Der Reg.-Commissar eröffnete der Commission, daß sich die Staatsregierung selbst mit dem Loose der ehemaligen schleswig-holsteinschen Offiziere beschäftigt. Das Gesuch eines Invaliden um laufende Unterstützung soll, obwohl ihm anscheinend Ansprüche auch nicht zur Seite stehen, doch, seiner drückenden Noth wegen, zur Kenntniß der Regierung gebracht werden. (N. A. Z.)

[Den Vorsitz in der Commission hoher Beamten,] welche über die vorläufige Regelung der Verwaltungs-Verhältnisse in den mit der preußischen Monarchie vereinigten Ländern berathen soll, führt der Wirkl. Geh. Rath v. Savigny, als Vertreter des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Von Seiten der anderen Ministerien nehmen die Unter-Staats-Secretäre oder Directoren an den Berathungen Theil.

[Entlassung.] Es ist der Befehl erlassen worden, daß die älteren zu den Fahnen einberufenen Aerzte entlassen werden. Die Ausführung dieser Maßregel hat auch bereits ihren Anfang genommen.

[Zur Militär-Reorganisation.] Wie die „B.- u. H.-Z." hört, liegt es im Plane der Regierung, die Zahl der Linien-Infanterie-Regimenter auf 100 zu erhöhen, dieselben in einer Stärke von vier Bataillonen zu formiren und den bisher bestandenen Brigade-Verband aufzuheben.

## Deutschland.

**Dresden**, 30. August. [Zu den Friedensverhandlungen. — Der Schanzenbau.] An die Reise des österreichischen Bevollmächtigten, Baron Brenner, welcher sich in außerordentlicher Mission des Kaisers von Oesterreich an den preußischen Hof begeben hat, knüpft man die Hoffnung, daß die Sendung den Zweck habe, sich des Königreichs Sachsen anzunehmen, und daß die vielfach trüben Gerüchte über die Zukunft des Landes durch bessere Nachrichten aus dem Schooße der Friedensverhandlungen verdrängt werden dürften. Diese Hoffnung ist soweit begründet, als allerdings die Reise des österreichischen Gesandten in Angelegenheiten des Königs Johann unternommen ist und insbesondere bezweckt, dem in den nikolsburger Friedens-Präliminarien gebrauchten Ausdruck „Integrität" Sachsens, über welchen jetzt die Meinungen sehr weit auseinandergehen, einen Sinn unterzulegen, welcher den österreich. und sächsischen Interessen möglichst entspricht. Es ist aber in unterrichteten Kreisen hier schon bekannt geworden, daß dem Baron Brenner preußischerseits das stricte Festhalten an den einmal gestellten Friedensbedingungen erklärt wurde. Auch der hiesige Gesandte Frankreichs, Baron Fort-Rouen, hat sich gestern Vormittag nach Berlin begeben, und wird diese Reise ebenfalls mit den Friedensverhandlungen in Verbindung gebracht. Man will wissen, daß Herr von Fort-Rouen mit dem französischen Botschafter in Berlin, Hrn. v. Benedetti, Conferenzen haben werde. Es liegt aber auf der Hand, daß, wenn die französische Regierung sich auch jetzt noch in die Verhandlungen zwischen Sachsen und Preußen mischen wollte, sie schwerlich deswegen den sächsischen Gesandten nach Berlin berufen würde. — Die Schanzenbau-Angelegenheit ist immer noch nicht erledigt. Die Dresdner schmeicheln sich damit, daß auch der Prinz Albrecht von Preußen sich für die Einstellung des Baues verwendet hätte. Allerdings würde das herrliche Palais desselben durch Niederschlagung des Waldes, dessen Terrain für die Schanzen bestimmt ist, erheblich verlieren. (N. Z.)

**Dresden,** 31. August. [Die Befestigungsanlagen.] Es bestätigt sich, daß die beabsichtigten Befestigungsanlagen auf dem rechten Elbufer zur Ausführung kommen sollen, doch werden die Arbeiten erst in nächster Woche beginnen. Wie wir hören, werden bebaute Grundstücke von den Anlagen nicht betroffen. Auch wird der Abtrieb des Waldes östlich von der beim Waldschlößchen zu errichtenden Schanze unterbleiben. (Dresd. J.)

□ **Leipzig,** 30. August. [Zustände und Stimmung. — Die sächsischen Minister. — Zur Presse. — Die Cholera.] Auf der in Leipzig stattgehabten Landesversammlung der sächsischen Nationen, deren Resolutionen Sie bereits telegraphisch erhalten haben, waren die angesehensten Männer des sächsischen Volkes, Männer, denen das Volk seit Jahren sein Vertrauen zu geben gewohnt ist, versammelt und ihre Aussprüche und Resolutionen erzeugen naturgemäß eine ungemeine Sensation im ganzen Königreich, vorzugsweise in Dresden. Die wahre Stimme des Volkes und seiner Männer ist in Sachsen so lange durch das System der milden Praxis Beust's mit dem Maulkorb der Polizeiüberwachung im Schach gehalten worden, daß jetzt die Bewegung eine allgemeine ist, da diese Stimme sich einmal gänzlich unbehindert äußern kann. Wie tief muß dies Bewußtsein in einem Volke von der Zusammengehörigkeit mit einem andern Platz gegriffen haben, wie tief muß es von der Nothwendigkeit, der endlichen Verwirklichung des Einheitsgedankens deutscher Nation durchdrungen sein, wenn alle seine besten Männer die Nothwendigkeit der Annexion in ihren Resolutionen offen vor dem Lande aussprechen, und wenn diese Resolutionen von dem gesammten Volke, das jahrhunderte lang unter dem Zepter eines alten Fürstenhauses stand, nur mit einer tiefen Sensation aufgenommen wird, in der mehr als eine halbe Zustimmung liegt — in der sich die Ueberzeugung, daß das von jenen Erkannte das Rechte sei deutlich spiegelt. Besonders in Dresden, in der Residenz selbst, hebt die gerade deshalb etwas schüchterne nationale Partei nach Leipzigs muthigem Vorgange entschiedener das Haupt, aber auch in den übrigen besonders den Fabrikstädten: Chemnitz, Meerane, Glauchau, Plauen u. s. w. Die von einem Redner in der Landesversammlung ausgesprochene Hoffnung, daß bei dem regen Ehrgefühl des sächsischen Königshauses der König, der ja schon einmal 1863 auf dem Turnfeste durch Beust versichern ließ: wie er für Deutschlands Wohl selbst seine Krone darein zu werfen gern bereit sei, dieser König jetzt, dem ausgesprochenen Wunsche des Landes gegenüber für sich und seine Nachkommen zu Gunsten der deutschen Einheit entsagen würde, ist wohl eine sehr lockere; aber daran zweifle ich keinen Augenblick, daß eine um diese Kronentsagung ersuchende Petition sich im ganzen Lande sofort mit Tausenden von Unterschriften füllen würde. Die Ueberzeugung von der Unfruchtbarkeit und Unhaltbarkeit der werdenden Zustände zwischen Sachsen und Preußen und dem norddeutschen Bunde, wie von den aus denselben entspringenden Gefahren und Lasten für das Wohl und den ferneren Aufschwung Sachsens und seines mercantilen und industriellen Lebensnervs tritt zu klar an jeden Einzelnen heran, als daß er nicht die Entsagung selbst einer noch geliebteren Dynastie um des Gemeinwohls willen wünschen und erstreben sollte. Auch für Preußen können die Bedingungen, welche man ihm für Sachsen abzunöthigen sucht, nichts Befriedigendes haben. Der Zustand wird ein unnatürlicher — jeder Unbefangene muß fast mit Bestimmtheit ein neues Schleswig-Holstein, das Object eines neuen Krieges für die Zukunft in diesem kleinen Königreiche erkennen. Ein selbstständiges Sachsen steckt wie ein Pfahl im Fleische Preußens, den dasselbe in der Verfolgung seines Weltberufs für die Dauer nicht dulden darf. Dieser Weltberuf ist, für wen er's vorher noch nicht war, jetzt durch Preußens letzten Siegeslauf bewiesen, er wird und muß sich zum Segen der deutschen Nation vollziehen und alle die kleinen Staaten, welche heute das Geschick noch verschonte, müssen allmählich, ob durch Frieden oder Krieg, in dem großen Deutschland-Preußen aufgehen. So wurde auch Sachsen nicht eine Zeit des gesunden Weiterlebens, sondern nur eine Vegetationsfrist gegönnt; Preußens Arm muß so fest als möglich auf diesem Lande lasten, so lange bis es in ihm aufgehend die Gefahr, als preußenfeindlicher Schürheerd wiederum zu dienen, gänzlich vernichtet. Man mache denen, die das erkennen, und den langen Uebergangsprozeß vermeiden möchten

welcher dem sächsischen Volke die Kosten desselben auflädt, nicht den Vorwurf der Illoyalität: des Volkes Interessen sind die höchsten und nächsten und sie dürfen nicht Domänen eines Fürstenhauses sein, dem sie aufgeopfert werden. Wie wenig übrigens vom König Johann der neuen Lage der Dinge Entsprechendes zu erwarten ist, zeigt die Beibehaltung aller Minister, außer Beust. Die Herren, für welche „kein Entlassungsgrund vorlag", sollen das System Beust's, an dem sie mitgezogen haben, weiterziehen: der Preußenfresser Roon, der Ultramontane Falkenstein, der Gegner freier Rechtspflege Schneider bürgen dafür, und v. Friesen ist ja auch bekannt, daß er für sein Eingehen freisinniger Handelsverträge nur durch ein völliges pater peccavi beim anderen Ministerium wieder Gnade fand. Mit diesen Ministern kann das sächsische Volk nicht mehr zusammen arbeiten, und es ist natürlich, daß es annectirt zu werden strebt, wenn es vom alten Königshause nicht einmal ein gänzlich regenerirtes Ministerium erlangen kann. Die Bewegung hat begonnen und wird in dem freier aufathmenden sächsischen Volke unaufhaltsam weitertönen, damit der Schritt zum deutschen Einheitsstaate so vollständig als möglich geschehe. Die particularistische Partei schürte diese Bestrebungen noch selbst, denn über eine Verdammung der Schrift seines Sohnes über die Mittelstaaten, welche man dem greisen General-Lieutenant v. Treitschke abgezwungen hat, herrscht im ganzen Lande ungetheilte Entrüstung. — Die „Mitteldeutsche Volkszeitung", welche Anfangs d. M. ihre frühere Redaction im nationalen Sinne mit einer preußenfeindlichen vertauschte, ist soeben ihrer Haltung wegen von der preußischen Commandantur verboten worden. Dafür will K. Badewitz in Dresden eine nationale sächsische Stadt- und Landzeitung gründen. — In Leipzig fordert die Cholera jetzt ihre Opfer, doch gelingt es den allgemeinen Vorsichtsmaßregeln, die täglichen Todesfälle auf 16—18 darniederzuhalten.

**Vom Main**, 90. August. [Die Incorporirung Oberhessens.] Wie wir von verläßiger Seite hören, ist in der preußischen Politik, Darmstadt gegenüber, neuerdings eine Wendung eingetreten. Das Ministerium Dalwigk zeigt sich, gestützt auf die bisherige Fürsprache Rußlands und Englands, den nationalen Zwecken Preußens so feindlich, daß dieses in den nächsten Tagen mit allem Ernste gegen das Großherzogthum vorschreiten wird. Die Incorporirung der Provinz Oberhessen ist in diesem Augenblicke so gut wie eine beschlossene Sache. Herr v. Dalwigk hat sich bekanntlich von jeher den preußischen Bestrebungen gegenüber — wir erinnern nur an den französischen Handelsvertrag — äußerst feindselig benommen. (N. Z.)

**Darmstadt**, 29. Aug. [Die bisher gedrückte Stimmung] scheint in eine sehr gereizte überzugehen. Seit Monaten mit Einquartierung belastet, hoffte man endlich nach Ablauf des Waffenstillstandes den förmlichen Friedensschluß erwarten zu dürfen, findet aber jetzt diese Aussicht wieder in weite Ferne gerückt. Es verlautet nämlich mit großer Bestimmtheit, daß die bisherige Weigerung des Großherzogs, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, in den Anschauungen begründet ist, welche in erster Linie Minister v. Dalwigk und im Uebrigen die ganze jetzige Umgebung des Regenten demselben beizubringen gewußt hat. Die Folgen dieses Systems hat bedauerlicherweise nur die Bevölkerung zu tragen, indem nunmehr derselben nicht allein durch die Belegung unserer Provinz mit weiteren 10,000 Mann norddeutscher Truppen eine tägliche Ausgabe von mindestens 10,000 Thalern erwächst, sondern auch unsere hessischen Truppen in voller Stärke und mit Kosten der Kriegsbereitschaft rein nutzlos in der Rheinprovinz zu verbleiben haben, was auch vom volkswirthschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, zur Zeit von sehr nachtheiligem Einflusse ist. Wenn man bisher auch an eine freiwillige Abdankung des Herrn v. Dalwigk nicht glauben konnte, so dürfte seine Stellung doch jetzt dadurch bedeutend erschüttert werden, daß der Großherzog selbst erkennen muß, zu welch' traurigen Resultaten und Täuschungen die Rathschläge des bisherigen Ministeriums geführt haben. (Fr. J.)

**Aschaffenburg**, 28. Aug. [Mordanfall gegen einen preußischen Offizier.] Der „Elberfelder Ztg" entnehmen wir Folgendes: So unglaublich es scheint, so bestätigt sich doch die Nachricht von dem Mordversuche, am 26. d. M. von einem baierischen Soldaten bei Stockstadt gegen einen preußischen Offizier gerichtet, vollkommen. Folgendes erfährt man darüber aus zuverlässiger Quelle. Der Extrazug, welcher die laut Berichten aus Mainz im höchsten Grade aufgeregten baierischen Truppen am 26. d. gerade in dem Augenblicke aus der Festung hinwegführte, als die preußischen Truppen daselbst ihren Einzug hielten, fuhr über Darmstadt nach Aschaffenburg. Kurz vor dieser Station hielt der Zug bei der Haltestelle Stockstadt an oder vielmehr, er fuhr so langsam, um einem preußischen Offizier, der unterweges eingestiegen war, das Aussteigen zu ermöglichen. Dieser Offizier gehörte der preußischen Besatzung von Aschaffenburg an; er soll aber schon bei dieser vorletzten Station ausgestiegen sein, weil er es bei dem Zustande der baierischen Soldaten für gerathen hielt, nicht mit ihnen zugleich in Aschaffenburg den Zug zu verlassen. Kaum hatte der preußische Offizier den Waggon verlassen, als aus einem der mit baierischen Soldaten angefüllten Wagen ein Schuß fiel, der den Offizier zu Boden streckte. Der Zug fuhr weiter, als wäre nichts vorgefallen, und hielt in Aschaffenburg nicht nur an, sondern die Soldaten zogen auch in hellen Haufen in die Stadt hinein, wo sie für ihren Thatendurst lediglich auf ihre Seitengewehre angewiesen waren, da sie ihre „Podewils" auf dem Bahnhofe hatten zurücklassen müssen. Der schwerverwundete preußische Offizier liegt in dem großen Lazarethe am Herstall-Thore vor Aschaffenburg; das Geschoß traf ihn von hinten in die rechte Hüfte, durchbohrte dieselbe und fuhr dann wieder hinaus. Es ist der Premier-Lieutenant im 59. Infanterie-Regiment v. Fritsche.

**Augsburg**, 30. Aug. [Die schlesw.-holst. Verhältnisse.] Wie die „Allgem. Ztg." berichtet, bestimmt der prager Friedensvertrag hinsichtlich der Elbherzogthümer Folgendes: Alle von Oesterreich dort bewilligten Beamten-Pensionen werden aufrecht erhalten. Oesterreich erstattet die von ihm in Verwahrung genommenen, Holstein gehörigen 495,000 Rigsdaler zurück. Kein Schleswig-Holsteiner darf wegen politischer Antecedentien verfolgt werden. — Ein besonderes Protokoll regelt die Beamtenfrage.

**Celle**, 28. Aug. [Die Untersuchung wider die Tumultuanten unseres Juli-Aufruhrs] ist jetzt so weit vorgeschritten, daß, wie wir hören, in der nächsten Zeit die Acten der Voruntersuchung geschlossen werden können. In Untersuchungshaft sitzen noch immer 60 bis 70 Theilnehmer am Aufruhre, darunter 7 Frauen; doch hatte sich die Anzahl der Verhaftungen auf weit über 100 belaufen, von denen Viele aus Mangel an Beweis wieder entlassen werden mußten, wie denn überhaupt das Maß der Schuld jedes Einzelnen in diesem Monstre-Prozesse schwer nachzuweisen sein wird. Die Zeugen-Vernehmungen haben sich auf viele Hunderte erstreckt. Es ist jedoch noch immer nicht gelungen, die an sich kaum zweifelhafte Existenz der sogenannten Prügelliste zu beweisen, wie denn auch von den massenhaft geraubten Waaren nur ein verschwindender Bruchtheil wieder zur Stelle geschafft ist. Ob und inwiefern sich schon bestimmte Anzeichen der Urheberschaft haben feststellen lassen, wissen wir nicht.

△▽ **Von der Elbe**, 30. Aug. [Preuß. Bank-Filialen. — Die preuß. Ostseeflotte. — Sterbefall. — Sonstiges.] Der hier anwesende preuß. Bankdirector Dechend wird wahrscheinlich in Altona und Flensburg Filialen errichten. — Die preuß. Ostseeflotte manövrirt augenblicklich, mit dem Prinzen Admiral Adalbert und dem Contre-Admiral Jachmann an Bord, in dem alsener Sunde. — In dem schleswigschen Flecken Kappeln starb vorgestern der wegen seines patriotischen Benehmens zur Dänenzeit rühmlichst bekannte und für die vortreffliche Anordnung des Ueberganges der Preußen nach der Insel Alsen mit dem Ritterkreuze des Kronen- und des rothen Adlerordens decorirte Schiffscapitän Bartelsen. — Sämmtliche schleswig-holsteinische Steuer- und Domanialbehörden sind nach dem „Kieler Wochenblatte" durch das Oberpräsidium autorisirt, in Zukunft preuß. Kassenscheine und Banknoten in allen Zahlungen und Hebungen anzunehmen. — Aus Christiania wird heute die nach vollzogener Actienzeichnung unmittelbar bevorstehende Bestellung eines unterseeischen Kabels für die Verbindung der Küsten Norwegens und Schottlands gemeldet.

## Italien.

**Florenz**, 26. Aug. [Parlamentarisches. — Lamarmora.] Die Frage der Parlaments-Einberufung liefert jetzt einen reichen Stoff zu mehr theoretischen als practischen Discussionen. Die Regierung hat zwischen drei Entschließungen zu wählen, von denen jede ihr Für und Wider hat. Am einfachsten scheint es zu sein, daß das jetzige Parlament einberufen wird, um den Friedensvertrag und somit die Einverleibung Venetiens zu bestätigen, und daß dann die Auflösung und die Neuwahlen im ganzen Königreiche erfolgen. Die Verfassung scheint diesen Modus zu gebieten, da die Grenzen des Königreiches nur mit Zustimmung des Parlaments erweitert werden dürfen. Man wendet aber dagegen ein, daß Venetien sowohl kraft seiner Nationalität als auch formel durch das Plebiscit von 1848 zum Königreiche Italien gehöre und daher principiel nicht als eine neue Erwerbung zu betrachten sei. Unter dieser Voraussetzung giebt es nun wieder zwei verschiedene Wege: entweder es finden nur partielle Wahlen in Venetien statt und das vergrößerte Parlament bestätigt den Friedensvertrag, oder die gegenwärtige Kammer wird aufgelöst, der Vertrag erhält erst seine Bestätigung durch ein neu gewähltes Parlament des erweiterten Königreiches. Eine Entscheidung über diese drei Möglichkeiten hat die Regierung noch nicht getroffen; jedoch ist die erste als die am wenigsten wahrscheinliche zu betrachten, da das Ministerium sowohl wie das Land Venetien als von jeher virtuel zu Italien gehörig ansehen; überdies ist es nicht mehr als billig, daß auch die venetianischen Vertreter bei der Prüfung eines Vertrages mitwirken, der dem ganzen Lande, also auch ihrer Provinz, eine finanzielle Last auferlegt. Da aber die Regierung die Hoffnung zu hegen scheint, daß neue Wahlen unter den jetzigen veränderten Umständen ihr eine compactere Majorität zusichern werden, als die der gegenwärtigen Kammer, so dürfte sie sich am ehesten nicht für die Vergrößerung und den Fortbestand des bisherigen Parlaments, sondern für die sofortige Auflösung desselben und allgemeine Neuwahlen entschließen. — Lamarmora ist entschlossen, sich für immer in's Privatleben zurückzuziehen. (K. Z.)

## Großbritannien.

E.C. **London**, 29. Aug. [Ueber König Georg von Hannover] schreibt man den „Daily News": „Es steht jetzt fest, daß der König von Hannover seine Pläne geändert hat, und für die Zukunft seine Residenz in Holland nehmen wird, wo ihm das Schloß Loo, nahe bei dem Haag, zur Disposition gestellt worden ist, als ein Beweis der Sympathie des Königs der Niederlande mit dem traurigen Geschicke König Georgs. Indessen glaubt König Georg, der bekanntlich ein eifriger Verfechter des göttlichen Rechtes der Könige ist, ganz fest an seine baldige Wiedereinsetzung auf den Thron seiner Vorfahren, und wir haben es aus dem Munde eines Offiziers, der ganz kürzlich in Wien mit ihm sprach, daß er ganz sanguinische Hoffnungen auf seine nahe Rückkehr nach Hannover setzt, und bereits Pläne macht für diese Zukunft. Unter anderen Plänen theilte er jenem Offizier auch seine Absicht mit, sein Heer zu organisiren, und die früheren scharlachrothen Uniformen wieder einzuführen, in welchen die hannoverschen Truppen die Lorbeeren von Spanien und Waterloo gewonnen hätten".

## Rußland.

**Petersburg**, 31. August. [Die Cholera] nimmt an Umfang und Intensität zu, der Zar ist nach Moskau abgereist. Die russisch-amerikanischen Freundschaftsbeziehungen dauern fort, die moskauer Bauern-Deputation, welche Fox begrüßte, erhielt von ihm ein amerikanisches Banner verehrt, ihr Führer erklärte, in der Stunde der Gefahr für Amerika werde das russische Reich seine Flagge neben das Sternenbanner stellen. (B. B. Z.)

---

**Görlitz**, 31. August. [Wahl des Syndicus.] In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde der Kreisrichter Herr Breslauer in Schrimm mit 29 von 46 Stimmen zum Syndicus gewählt. Die Wahl der vier unbesoldeten Stadträthe wurde vertagt und soll in 14 Tagen stattfinden. Zu dem Syndicat hatten sich 17 Candidaten gemeldet. (Niederschl. Ztg.)

## Meteorologische Beobachtungen.

| Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur. | Barometer. | Luft-Temperatur. | Windrichtung und Stärke. | Wetter. |
|---|---|---|---|---|
| Breslau, 31. Aug. 10 U. Ab. | 333,28 | +12,2 | SO. 1. | Heiter. |
| 1. Sept. 6 U. Mrg. | 332,72 | +11,8 | SO. 1. | Trübe. |

**Breslau**, 1 Sept. [Wasserstand.] O.-P. 13 F. 1 Z. U.-P. — F. 3 Z.

---

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**München, 31. Aug. Die Reichsrathkammer lehnte den Antrag der Abgeordnetenkammer bezüglich des Anschlusses an Preußen ab. Nach Erledigung der Regierungsvorlagen wurden die Kammern vertagt; der Wiederzusammentritt findet wahrscheinlich im October statt.** (Wolff's T. B.)

**Dresden**, 31. Aug. Heute Nachmittag ist Prinz Friedrich Karl von Preußen im besten Wohlsein aus Prag hier eingetroffen und von dem General-Gouverneur General v. Schack und dem Civil-Commissar v. Wurmb empfangen worden. Se. königl. Hoheit kam zunächst per Dampfboot von Aussig.

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Paris**, 31. August, Nachmittags 3 Uhr. Die Rente eröffnete zu 69, 60 und schloß fest aber unbelebt zur Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 89½ gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 80. Italien. 5proc. Rente 55, 55. 3proc. Spanier —. 1proc. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 358, 75. Credit-Mobilier-Aktien 668, 75. Lombard. Eisenbahn-Aktien 406, 25. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. cpt. 308, 00. 6proc. Ver. St. pr. 1882 83.

**London**, 31. August, Nachmittags 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 89⅜. 1procentige Spanier 33. Sardinier 69. Italien. 5proc. Rente 54½. Lombarden 15⅞. Mexicaner 16. 5proc. Russen 89. Neue Russen 89. Silber —. Türk. Anl. 1865 26¼. 6proc. Verein. Staaten-Anl. pr. 1828 73⅛. Schönes Wetter.

Der Dampfer „Kent" ist mit 40,000 Unzen Gold aus Australien und der Dampfer „Rhone" aus Rio de Janeiro in Southampton eingetroffen.

**New-York**, 30. Aug., Abends. Wechselcours auf London 155, Goldagio 47¾, Bonds 112¾, Baumwolle 34.

**Frankfurt a. M.**, 31. August, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Schluß-Course: Wiener Wechsel 91⅛. Finnl. Anleihe —. Neue 4½% Finnl. Pfandbriefe —. 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 76½. Oesterr. Bankantheile 661. Oesterreich. Credit-Actien 141½. Darmst. Bank-Actien 207½. Oesterr.-Franz.-Staats-Eisenbahn-Actien —. Oesterr. Elisabetbahn —. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Bexbach 148½ B. Hessische Ludwigsbahn 130¾ B. Darmst. Zettelbank —. 1854er Loose 57 B. 1860er Loose 62⅛. 1864er Loose 65¼. Oesterr. National-Anleihe 51⅝. 5% Metalliques 46¾. 4½% Metalliques 39. — Fest. Amerikaner lebhaft.

**Frankfurt a. M.**, 31. August, Abends. (Effecten-Societät.) Creditactien 142—143½, 1860er Loose 62⅛—62½, 1864er Loose 65, National-Anl. 51⅝, Amerikaner 76¼—76$\frac{5}{16}$. — Sehr lebhaft, günstige Stimmung.

**Wien**, 31. August, Nachm. 2 Uhr. (Directe Nachr.) (Schlußcourse.) 5% Metalliques 60, 50. National-Anlehen 68, 50. 1860er Loose 80, 00. 1864er Loose 72, 00. Credit-Actien 156, 80. Nordbahn 163, 50. Galizier 203, 50. Böhmische Westbahn 154, 00. Staats-Eisenbahn-Actien-Cert. 185, 70. Lombardische Eisenbahn 207, 50. London 129, 50. Kassenscheine 192, 00.

**Hamburg**, 31. August, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fonds animirt, höher. — Schluß-Course: National-Anleihe 52½. Oesterr. Credit-Actien 59¼. Oesterr. 1860er Loose 60½. Mexicaner —. Vereinsbank 108. Nordd. Bank 118¼. Rheinische 118¼. Nordbahn 69. Finnländ Anleihe —. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 79. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 76. 6pCt. Verein.-Staaten-Anleihe pr. 1882 68⅞. Disconto 3¾ pCt. Wien 99 not., 100 bez. Petersburg 25⅝ not., 25⅛ bez.

**Hamburg**, 31. August. [Getreidemarkt.] Geschäftslos. Weizen pr. September-October 5400 Pfd. netto 117 Bancothaler Br. und Gld., pr. Octbr.-Novbr. 117 Br., 116½ Gld. Roggen pr. August-September 5000 Pfd. Brutto 70 Br., 69 Gld., pr. Septbr.-Oktbr. 69 Br., 68 Gld. Oel matt, pr. August 26, pr. Octbr. 26, pr. Mai 26⅛. Kaffee 600 Sack Santos zu letzten Preisen verkauft. Zink fest gehalten. Heiteres Wetter.

**Liverpool**, 31. August, Mittags. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Wochenumsatz 64,570, zum Export verkauft 21,650, wirklich exportirt 20,253, Consum 40,000, Vorrath 880,000 Ballen. Middling amerikanische 13½, middling Orleans 14, fair Dhollerah 9¾, good middling fair Dhollerah 8¾ u. 8½, middling Dhollerah 8, Bengal 7¼.

**Paris**, 31. August, Nachmittag 3½ Uhr. Rüböl pr. August 98, 00, pr. September 97, 00, pr. September-Dezember 98, 00. Mehl pr. August 63, 25, pr. September-Dezember 66, 00. Spiritus pr. September-Dezember 51, 50.

**London**, 31. August. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen fest, in fremdem geringes Geschäft. Hafer einen halben Schilling theurer.

**Amsterdam**, 31. August. Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen loco 3 Fl. niedriger bei lebhaftem Geschäft, pr. October 166. Rüböl pr. October 39¾.

---

## Berliner Börse vom 31. August 1866.

### Fonds- und Geld-Course.

| | Zf. | |
|---|---|---|
| Freiw. Staats-Anl. | 4½ | 98 bz. |
| Staats-Anl. von 1859 | 5 | 103 bz. |
| dito 1850. 52 | 4 | 89⅝ bz. |
| dito 1853 | 4 | 89⅝ bz. |
| dito 1854 | 4½ | 98 bz. |
| dito 1855 | 4½ | 98 bz. |
| dito 1856 | 4½ | 98 bz. |
| dito 1857 | 4½ | 98 bz. |
| dito 1858 | 4½ | 98 bz. |
| dito 1864 | 4½ | 98 bz. |
| Staats-Schuldscheine | 3½ | 85 bz. |
| Präm.-Anl. von 1855 | 3½ | 123¾ G. |
| Berliner Stadt-Oblig. | 4½ | 102¼ bz. |
| Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk. | 3½ | 81⅜ bz. |
| Pommersche | 3½ | 82 bz. |
| Posensche | 4 | — — — |
| dito | 3½ | 90½ bz. |
| dito neue | 4 | — — — |
| Schlesische | 3½ | 87¼ G. |
| Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk. | 4 | 91¼ bz. |
| Pommersche | 4 | 91¼ bz. |
| Posensche | 4 | 90¼ bz. |
| Preussische | 4 | 90½ bz. |
| Westph. u. Rhein. | 4 | 95 G. |
| Sächsische | 4 | 91½ bz. |
| Schlesische | 4 | 92½ bz. |
| Louisd'or 110¾ bz. | | Oest.Bk. 77¾ bz. |
| Geldkr 9. 8½ G. | | Poln.Bkn. — — — |

### Ausländische Fonds.

| | Zf. | |
|---|---|---|
| Oesterr. Metalliques | 5 | 48 bz. |
| dito Nat.-Anl. | 5 | 53 bz. |
| dito Lot.-A.v.60 | 5 | 61¾ à 62 bz. |
| dito dito 64 | — | 37 bz. u. B. |
| dito 54 er Pr.-A. | 4 | 56½ G. |
| dito Eisenb.-L. | — | 62 B |
| Ital. neue 5proc. Anl. | 5 | 54⅞ à ¾ bz. |
| Russ. Engl. Anl. 1862 | 5 | 87½ bz. |
| dito Holl. Anl. 1864 | 5 | 91 G. |
| dito Poln-Sch.-Obl. | 4 | 64 bz. |
| Poln. Pfandbr. III. Em. | 4 | 60¾ bz |
| Poln. Obl. à 500 Fl. | 4 | 87 bz. |
| dito à 300 | 5 | 88 bz. |
| Kurhess. 40 Thlr. Obl. | — | 55½ G. |
| Baden. 35 Fl. Loose | — | Verloosung. |
| Amerikan. St.-Anl. | 6 | 76¼ à ⅛ à ¼ bz. |

### Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

| | Zf. | |
|---|---|---|
| Berg.-Märkische | 4½ | 97 B |
| dito II. | 4½ | 96¾ B. |
| dito IV. | 4½ | 95 bz. |
| dito III. v. St. 3½ g. | 3½ | 77¼ bz. |
| Cöln-Minden | 4½ | 98¾ B. |
| dito II. | 5 | 102 B. |
| dito | 4 | 99 bz |
| dito III. | 4 | — — — |
| dito | 4½ | 95½ G. |
| dito IV. | 4 | 85 bz. |
| dito V. | 4 | 83 bz. |
| Cos.-Oderb. (Wilh.) | 4 | 82 G. |
| dito III. Em. | 4½ | — — — |
| Gal. Ludwigsb. | 5 | 75¼ B. |
| Niederschl.-Märk. | 4 | 90¼ bz. |
| dito conv. | 4 | 89¾ G. |
| dito III. | 4 | 89 bz. |
| dito IV. | 4½ | — — — |
| Ndschl. Zweigb. L. C. | 5 | 99 B. |
| Oberschles. A. | 4 | — — — |
| dito B. | 3½ | — — — |
| dito C. | 4 | 89½ G. |
| dito D. | 4 | 89½ G. |
| dito E. | 3½ | 79 G. |
| dito F. | 4½ | 94 B |
| Oest.-Franz. | 3 | 245½ bz. |
| Oest. südl. St.-B. | 3 | 222 bz. u. G. |
| Rhein v. St. gar. | 4½ | 98 G. |
| Rhein-Nahe-B. gar. | 4½ | 95 bz. |

### Eisenbahn-Stamm-Actien.

| Dividende pro | 1864 | 1865 | Zf. | |
|---|---|---|---|---|
| Aachen-Mastrich | — | — | 4 | 33½ bz. |
| Amsterd.-Rottd. | 6$\frac{19}{20}$ | — | 4 | 107½ G. |
| Berg.-Märkische | 7½ | 9 | 4 | 152½ bz. |
| Berlin-Anhalt | 11⅝ | 13 | 4 | 213 G. |
| Berlin-Görlitz | — | — | 4 | 75½ bz. |
| dito St.-Prior. | — | — | 5 | 99⅞ G. |
| Berlin-Hamburg | 10 | 9½ | 4 | 160 B. |
| Berl.-Potsd.-Mgd | 16 | 16 | 4 | 207 bz. |
| Berlin-Stettin | 7⅝ | — | 4 | 127¾ bz. |
| Böhm.-Westb. | 5 | — | 5 | 58¾ G. |
| Breslau-Freib. | 8⅔ | 9 | 4 | 136 bz. |
| Cöln-Minden | 18⅚ | — | 3½ | 150½ bz. |
| Cosel-Oderberg | ¾ | 2¼ | 4 | 51 b. |
| dito St.-Prior. | — | — | 4½ | — — — |
| dito dito | — | — | 5 | — — — |
| Galiz. Ludwigsb. | 9 | — | 5 | 78⅝ bz. u. G. |
| Ludwigsh. Bexb. | 9½ | 10 | 4 | 147½ bz. |
| Magd.-Halberst. | 25 | 15 | 4 | 199¾ bz. |
| Magdb.-Leipzig | 18¾ | — | 4 | 264 bz. |
| Mainz-Ludwigsh | 7½ | — | 4 | 129½ bz. |
| Mecklenburger | 3½ | 3 | 4 | 71⅛ bz. |
| Neisse-Brieger | 4⅘ | 5$\frac{6}{12}$ | 4 | 98¼ B. |
| Niedrschl. Märk. | 4 | 4 | 4 | 91 à 91¼ bz. |
| Niedrschl. Zwgb. | 4$\frac{1}{12}$ | 3⅔ | 4 | 69¾ B. |
| Nord. Fr.-Wilh. | 3$\frac{11}{15}$ | — | 4 | 69⅞ à ⅛ bz. |
| Oberschles. A. | 10 | 11⅔ | 3½ | 167½ bz |
| dito B. | 10 | 11⅔ | 3½ | 148¼ G. |
| dito C. | 10 | 11⅔ | 3½ | 167½ bz. |
| Oestr.-Fr. St.-B. | 5 | — | 5 | 96½ B |
| Oest. südl. St.-B. | 8 | 7⅕ | 5 | 106½ à 106 bz. |
| Oppeln-Tarnow. | 3¼ | 3¼ | 5 | 75¼ bz. |
| Rheinische | 6¼ | — | 4 | 118 à 118¼ bz. |
| dito Stamm-Pr. | 6¼ | — | 4 | — — — |
| Rhein-Nahebahn | — | — | 4 | 29 bz. |
| Stargard-Posen | 3½ | — | 3½ | 94 B. |
| Thüringer | 8 | 8⅓ | 4 | 131 G |
| Warschau-Wien | 7$\frac{11}{12}$ | — | 5 | 58 B. |

### Bank- und Industrie-Papiere.

| | 1864 | 1865 | Zf. | |
|---|---|---|---|---|
| Berl. Kassen-V. | 7$\frac{1}{10}$ | 8¼ | 4 | 145 G. |
| Braunschw. B. | — | — | 4 | 85 G. |
| Bremer Bank | 7$\frac{9}{10}$ | 6½ | 4 | 115 G. |
| Danziger Bank | 7⅛ | 7$\frac{3}{10}$ | 4 | 107 G. |
| Darmst. Zettelb. | 8 | 7½ | 4 | 98 B. |
| Geraer Bank | 8 | 7⅚ | 4 | 105 B. |
| Gothaer „ | 7 | 7½ | 4 | 98 B. |
| Hannoversche B. | 5⅔ | 4 | 4 | 85 bz. |
| Hamb. Nordd. B. | 7⅚ | 9 | 4 | 116½ G. |
| „ Vereins-B. | 7$\frac{21}{32}$ | 8$\frac{10}{32}$ | 4 | 108½ G |
| Königsberger B. | 6¾ | 6½ | 4 | 107 G. |
| Luxemburger B. | 4 | 6 | 4 | 82¾ G. |
| Magdeburger B. | 5$\frac{9}{10}$ | 5½ | 4 | 95 G. |
| Posener Bank | 7 | 6⅓ | 4 | 99 G. |
| Preuss. Bank.-A. | 10$\frac{19}{20}$ | 10$\frac{14}{15}$ | 4½ | 169 bz. |
| Thüringer Bank | 4 | 4 | 4 | 65 G. |
| Weimar „ | 7 | 6½ | 4 | 97⅛ G. |
| Berl. Hand.-Ges. | 8 | 8 | 4 | 107½ bz. |
| Coburg Credb.A. | 8 | 8¼ | 4 | 92 bz. |
| Darmstädter „ | 6 | 6½ | 4 | 82½ bz. |
| Dessauer „ | — | — | — | 2¼ [illegible] |
| Disc.-Com.-Ant. | 6½ | — | 4 | 98 bz. |
| Genfer Credb.-A. | — | ½ | 4 | 29⅞ à 30⅛ bz. |
| Leipziger „ | 4 | — | 4 | 80 G. |
| Meininger „ | 7¼ | — | 4 | 85½ bz. |
| Moldauer Lds.-B. | — | — | 4 | 22 B |
| Oesterr. Credb. A. | 5 | — | 5 | 59¾ à 60¼ bz. |
| Schl. Bank-Ver. | 6½ | 7⅔ | 4 | 111 G. |
| Minerva | — | 1 | 5 | 34 B. |
| Fbr. v. Eisenbdf. | 8½ | 5½ | 5 | 97 G |

**Berlin**, 31. Aug. Weizen loco 50—74 Thlr. nach Qualität, gelber poln. 64 Thlr., weißbunter poln. 70—72 Thlr. bez., Lieferung pro Aug.-Sept. 64½ Thlr., Sept.-Oktbr. 64½ Thlr. Br., 64 Thlr. Gld., Frühjahr 64 Thlr. bez. — Roggen loco 79—80pfd. 45⅛—46 Thlr. ab Bahn bez., 82—83pfd. 46¼—½ Thlr. ab Bahn bez., 81—82pfd. 45¼—¼ Thlr. ab Kahn und am Bassin bez., abgelaufene Anmeldungen 44⅞ Thlr. bez., pro Aug. 45⅛—½—⅛ Thlr. bez., Aug.-Sept. 45—¼—44⅝ Thlr. bez., und Gld., ¾ Thlr. Br., Sept.-Okt. 45⅛—¼—44⅝ Thlr. bez. und Gld., ¾ Thlr. Br., Okt.-Nov. 44¾—⅞—½ Thlr. bez., Nov.-Dez. 44½—¾—¼ Thlr. bez. und Gld., ⅜ Thlr. Br., Frühjahr 44—¼—44 Thlr. bez. — Gerste große und kleine 38—44 Thlr. pro 1750 Pfd. — Hafer loco 23—27 Thlr., Aug.-Sept. 23⅞—⅝ Thlr. bez., Septbr.-Okt. 23½ Thlr. bez., Okt.-Nov. 23¾—⅝ Thlr. bez., Nov.-Dez. 23¾ Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 50—64 Thlr. — Winterraps 80—90 Thlr. — Winterrübsen 78—86 Thlr., loco schles. 81 Thlr. bez. — Rüböl loco 12⅚ Thlr. Br., Aug. 12⅚ Thlr. Br., Aug.-Sept. 12⅓—¼ Thlr. bez., Sept.-Okt. 12¼—⅙ Thlr. bez., Okt.-Nov. und Nov.-Dez. 12⅙ Thlr. bez. und Br. — Leinöl loco 14⅔ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 15—14$\frac{11}{12}$ Thlr. bez., Aug., Aug.-Sept. und Sept.-Oktbr. 14⅚—¼—⅓ Thlr. bez. und Br., $\frac{7}{24}$ Thlr. Gld., Okt.-Nov. 14¼—⅙ Thlr. bez. und Gld., ⅙ Thlr. Br., Nov.-Dez. 14⅙—$\frac{1}{12}$ Thlr. bez. u. Gld., ⅙ Thlr. Br., April-Mai 14⅔—⅝ Thlr. Br., Mai-Juni 14$\frac{11}{12}$—⅚ Thlr. bez.

---

**Breslau**, 1. September. Wind: Süd. Wetter: veränderlich. Thermometer Früh 12 Grad Wärme. Am heutigen Markte war bei beschränkter Kauflust flaue Stimmung vorherrschend.

Weizen schwach beachtet, pr. 85 Pfd. schlesischer weißer 68—86 Sgr., gelber alter 68—82 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt, gelber neuer 70—76 Sgr., ausgewachsener und blauer 60—65 Sgr. — Roggen matter, pr. 84 Pfd. neuer 48—53 Sgr., alter 53—56 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste flau, pr. 74 Pfd. weiße 44—45 Sgr., helle und gelbe 38—42 Sgr. Hafer wenig beachtet, pr. 50 Pfd. 24—29 Sgr., feinster über Notiz bezahlt. — Koch-Erbsen ruhiger. — Wicken ohne Handel. — Oelsaaten vernachlässigt. — Lupinen ohne Handel. — Schlesische Bohnen wenig beachtet pr. 90 Pfd. 115—125 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Schlaglein ohne Handel. — Rapskuchen behauptet, 42—44 Sgr. pr. Ctr.

| | Sgr. pr. Schff. | | Sgr. pr. Schff. |
|---|---|---|---|
| Weißer Weizen, alter | 68—80—86 | Hafer | 24—27—29 |
| Gelber Weizen, alter | 68—75—80 | Erbsen | 50—56—65 |
| dito neuer | 70—73—76 | | Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto. |
| Roggen, alter | 53—54—56 | Winter-Raps | 180—190—202 |
| dito neuer | 48—51—53 | Winter-Rübsen | 160—172—182 |
| Gerste | 38—41—45 | Leindotter | 130—140—150 |

Kleesaat schwacher Umsatz, rothe 13—14⅔ Thlr. pr. Ctr.
Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 20—28 Sgr., Metze 1—1⅛ Sgr.

---

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.